

FBP-TERMINE

Einladung zur Nominations- und Jahresversammlung

MAUREN-SCHAANWALD – Die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald lädt alle Freunde und Interessierte am 1. Juni ab 19 Uhr zur Jahresversammlung 2010 ins Restaurant Freihof in Mauren ein. Zum Programm dieses Abends gehört auch die Nomination des Kandidaten für das Amt des Vorstehers an den Gemeindewahlen 2011 sowie die Nomination des Kandidaten für die Vermittler-Wahlen vom 2./4. Juli 2010. Von Interesse werden mit Sicherheit auch diverse politische Themen auf Gemeinde- und Landesebene sein. Vorsteher Freddy Kaiser gibt an dieser Stelle einen Überblick über die zentralen Aktivitäten der Gemeinde und Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer berichtet aus erster Hand aus der Regierung. Zudem wird Parteipräsident Alexander Batliner die Gäste über die Aktivitäten der Landespartei in Kenntnis setzen. Nehmen Sie diese Gelegenheit wahr und nutzen Sie den direkten und bürgernahen Kontakt mit den FBP-Mandatsträgern.

Termin: Am Dienstag, den 1. Juni, im Restaurant Freihof; Apéro um 19 Uhr, Beginn um 19.30 Uhr.

FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

FBP-Frauenrunde

VADUZ – Eine weitere FBP-Frauenrunde steht auf dem Programm. Der Vorstand der Frauen in der FBP lädt am Montag, den 31. Mai, um 19.30 Uhr alle Interessierten herzlich zur Frauenrunde in den Gasthof Löwen in Vaduz ein. Wir freuen uns sehr, unsere Landtagsabgeordnete Doris Frommelt als Gast begrüßen zu können. Sie wird uns über aktuelle Themen aus dem Landtag berichten. Wir freuen uns über einen interessanten Abend.

Der Vorstand der Frauen in der FBP

Frauen in der FBP laden ein: Ein Abend mit Dr. Aurelia Frick

VADUZ – Die Frauen in der FBP laden alle Interessierten herzlich ein am Mittwoch, den 9. Juni, einen Abend mit Regierungsrätin Aurelia Frick zu verbringen. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr und findet im Stöckler-Saal vom Gasthof Löwen in Vaduz statt. Aurelia Frick wird ein Einblick in ihre Arbeit mit dem Schwerpunkt Aussenpolitik geben und stellt sich für Fragen gerne zur Verfügung. Wir freuen uns über zahlreiche Gäste! Vorstand der Frauen in der FBP

Buurabrunch im Riethof

SCHAAN – Am Sonntag, den 27. Juni, von 9 bis 14 Uhr setzt die Junge FBP einen erfolgreichen Anlass des letzten Jahres fort: Den Buurabrunch im Riethof zwischen Schaan und Bendern. Wie im letzten Jahr gibt es ein herrliches Brunch-Buffer à discrétion und eine interessante Betriebsführung. Neu wird es auch ein lustiges Kuhlottó mit tollen Preisen geben. Erwachsene zahlen dieses Jahr 25 Franken, Jugendliche von 10 bis 16 Jahren zahlen 14 Franken, Kinder bis 10 Jahre müssen nichts bezahlen. Wir sind uns sicher, dass der Buurabrunch auch dieses Jahr wieder ein toller Erfolg und «vulli Büüch» geben wird – darum notiert euch den Termin gleich heute schon und meldet euch (bis spätestens 21. Juni) unter p.seger@jfbp.li oder 237 79 40 an. Bei schlechter Witterung findet der Buurabrunch am Sonntag, den 4. Juli, statt – die angemeldeten Personen werden am 24. Juni kontaktiert, falls der Brunch verschoben wird. Junge FBP



Fortschrittliche Bürgerpartei
 Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
 Tel.: 237 79 40, Fax: 237 79 49
 www.fbp.li

Weiterer FBP-Termin: Seite 9

Keine konkreten Anträge

Interview mit FBP-Fraktions Sprecher Johannes Kaiser zur Gesundheitspolitik

VADUZ – Der mit Verzögerung vorgelegte Gesundheitsbericht enthält auch Massnahmen zur Sanierung des Gesundheitswesens – aber zur Auswahl für den Landtag. Nicht einverstanden damit war die FBP-Fraktion.

• Günther Meier

«Volksblatt»: Johannes Kaiser, die FBP-Fraktion hat im Landtag nur eine Fraktionserklärung zum Gesundheitsbericht abgegeben, aber sonst auf eine Diskussion verzichtet. Im «Vaterland» wird gemutmasst, dahinter stecke eine Strategie?

Johannes Kaiser: Es ist sicher kein Zufall, dass die FBP-Fraktion eine Fraktionserklärung abgegeben hat. Unsere Fraktion hat sich in diesem und im letzten Jahr ausführlich mit dem Gesundheitswesen, mit den Kostensteigerungen und möglichen Massnahmen zur Kostendämpfung befasst. Nachdem wir den Bericht der Gesundheitsministerin studiert hatten, gelangten wir zum Schluss: Eine Fleissarbeit, die alles auflistet, aber die keine konkreten Anträge für Massnahmen gegen die stetig steigenden Kosten im Gesundheitsbereich benennt. Wir haben den Bericht als umfangreiche Bestandsaufnahme positiv gewürdigt. Sobald die konkreten Vorschläge vorliegen, werden wir uns damit befassen.

Regierung muss Führungsverantwortung wahrnehmen

Die VU aber kritisiert, dass die FBP-Fraktion die Diskussion verweigert habe.

Was hätten wir tun sollen? Über diese Bestandsaufnahme diskutieren oder gar aus den 27 vorgelegten möglichen Einsparmöglichkeiten ein paar herauspicken? Nein, so etwas macht keinen Sinn. Ich möchte den Bericht in keiner Weise abwerten, aber auf den fast 400 Seiten stehen kaum Neuigkeiten, die wir in den letzten Jahren nicht schon gehört oder gelesen hätten. Für uns beginnt die Diskussion, wenn die Regierung die Führungsverantwortung wahrnimmt und konkrete Massnahmen vorschlägt, über die wir befinden können.

Gesundheitsministerin Renate Müssner stellte sich auf den Standpunkt, der Landtag müsse aus den Vorschlägen auswählen, dann könne die Regierung die entsprechenden Vorlagen liefern.

Das ist doch eine Umkehrung der Zuständigkeiten. Die Regierung



FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser: Regierungsrätin Renate Müssner wollte die Verantwortung wegdelegieren – aber so geht es nicht.

legt dem Landtag konkrete Anträge vor, dann entscheidet der Landtag darüber. Wenn die Regierung einfach zwei, drei Dutzend mögliche Einsparmöglichkeiten zur Auswahl unterbreitet, wie soll sich der Landtag dann verhalten? Die einen Abgeordneten wollen hier etwas einsparen, andere haben wieder andere Ideen – also so geht das nicht.

Auch Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer ist dieser Auffassung. In einem Interview legte er dar, dass die Regierung die Führungsverantwortung habe. Diese gilt auch für die einzelnen Ressortinhaber.

Gehen wir mal davon aus, auch die Gesundheitsministerin wisse davon, dass dem Landtag konkrete Anträge und nicht mögliche Varianten zu unterbreiten sind. Was glauben Sie, hat die Gesundheitsministerin dazu bewegt, einen anderen Weg einzuschlagen?

Wer mutmasst oder spekuliert, begibt sich aufs Glatteis. Ich möchte mich nicht breit darüber auslassen, was sein könnte. Aber im Laufe der Diskussion im Landtag wurde offensichtlich, dass innerhalb der VU-Fraktion erhebliche Unterschiede über den Weg in der Gesundheitsreform vorhanden sind. Die Gesundheitsministerin kann sich nicht aus der verfassungsmässigen Verantwortung schleichen und alles von sich schieben. Die Erstellung des Gesundheitsberichtes wurde bereits an Experten delegiert und den Zugriff auf den «Waren-

korb», wonach sich die Volksvertreter nach Belieben bedienen sollten, wollte Regierungsrätin Müssner auch noch wegdelegieren. Nein – so geht es nicht.

Glauben Sie wirklich, dass es Kritik geben wird, wo doch alle wissen, dass gespart werden muss?

Dass gespart werden muss, sehen wahrscheinlich alle ein. Aber in der Regel ist es so, dass jeder denkt, Einsparungen sollte man bei den anderen machen. Schon seit Monaten wird darüber diskutiert, dass alle solidarisch ihren Beitrag leisten sollten, die Versicherten genauso wie die Ärzte und alle anderen Leistungserbringer. Steigen die Prämien, reagieren die Versicherten. Geht es um die Kostensteigerungen, haben die Ärzte und andere Leistungserbringer ihre Argumente, warum genau bei ihnen nicht eingespart werden könne. Hier gibt es nur eines: Eine Gesamtreform!

Haben Sie keine konkreten Vorschläge, was getan werden könnte oder müsste?

Die FBP-Fraktion hat im vergangenen Herbst und für dieses erste halbe Jahr ein 6-Punkte-Programm veröffentlicht. Darin nahmen jeweils die Forderungen im Bereich des Gesundheitswesens eine wichtige Rolle ein. Aber ich möchte mich jetzt nicht mit Einzelvorschlägen befassen, weil es eine Gesamtschau braucht. Auch im Bericht der Regierung wird vor Einzelmassnahmen gewarnt. Dort

heisst es, ich möchte wörtlich zitieren: «Massnahmen müssen in ihrer Gesamtheit betrachtet werden, die isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen ohne deren Auswirkung auf das Gesamtsystem ist zu vermeiden.» Genau diesen Weg fordern wir von der Regierung.

FBP fordert eine ausgewogene Reform

Im Landtag wird immer die Solidarität beschworen, dass alle sich beim Sparen beteiligen müssen. Ist das nicht selbstverständlich?

Grundsätzlich wäre das selbstverständlich. Aber die Realität sieht anders aus, oft auch bei denen, die solche Sätze wiederholen. Die Versicherten wollen nicht auf das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung verzichten, was entsprechende Kosten verursacht. Die Leistungserbringer drohen, wenn Einsparungen vorgenommen werden, könnten sie nicht die bisherige Qualität bieten.

In unserer Fraktionserklärung haben wir darauf hingewiesen, dass die FBP einen Interessensausgleich zwischen allen Beteiligten anstrebt. Reformen, die nur die Versicherten und damit auf die Prämienzahler ausgerichtet sind, erfüllen den Anspruch der Ausgewogenheit nicht. Nach unserer Auffassung richtet sich der von der Regierung zur Auswahl vorgelegte Massnahmenkatalog zu stark auf die Leistungsbezüger aus und sieht nur wenige Massnahmen für Leistungserbringer vor. Darum nochmals: Es müssen alle ausgewogen an Einsparungsmassnahmen beteiligt werden.

Halten Sie sich bedeckt, welche Massnahmen die FBP-Fraktion zu unterstützen gedenkt? Oder anders gefragt: Was raten Sie der VU, die ja mit ihrer Mehrheit im Landtag die Führungsrolle trägt?

Unsere Vorstellungen sind nicht geheim. Ich kann nochmals auf die zwei 6-Punkte-Programme hinweisen, die unsere Grundsätze enthalten. Der VU-Fraktion möchte ich keine Ratschläge erteilen, aber es reizt mich etwas, in Erinnerung zu rufen, welche Forderungen die VU früher an die FBP-Regierung gestellt hat. Die VU verlangte die Einführung von griffigen Instrumenten zur Kosteneindämmung, ein effektives Qualitäts- und Kostenmanagement, beispielsweise durch Fallpauschalen, Behandlungsrichtlinien oder Budgetverantwortung von Leistungserbringern. Oder die Forderung nach massiver Verringerung des Verwaltungsaufwandes sowie nach dem Ausbau von Sanktionsmassnahmen bei Missbrauch des Systems.

FBP fordert Gesamtschau

Gesundheitswesen auf deren Wirkung geprüft werden.

Gleichzeitig hat die FBP damit die Erwartung verbunden, dass bei der Umsetzung von künftigen Massnahmen auch seitens der Leistungserbringer konkrete Beiträge an die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems geleistet werden. Reformen, welche nur auf die Versicherten und damit auf die Prämienzahler ausgerichtet sind, und welche keine Begleitmassnahmen beinhalten, sind einseitig und

somit nicht ausgewogen. Die FBP fordert in diesem Zusammenhang klar einen Interessensausgleich zwischen allen Beteiligten im Gesundheitswesen ein.

Nachdem sich die zuständige Regierungsrätin Müssner über Monate hinweg geweigert hat, dem Landtag einen Bericht zu kommen zu lassen, wurde im Dezember-Landtag – aufgrund des Drucks mehrerer Abgeordneten – ein wenige Seiten umfassender Statusbericht vorgelegt, welcher

aber mehr als nur dürftig war. Nun liegt endlich ein umfassender Gesundheitsbericht vor.

Dies ist insofern wichtig, da bereits im Juni-Landtag der nächste millionenschwere Entscheid für das liechtensteinische Gesundheitswesen – wenn es um den Staatsbeitrag und damit um die Sprechung einer Gross-Subvention an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung geht – zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird. Inwiefern die Erkenntnisse dieses Berichtes genutzt werden, wird sich dann im Juni-Landtag zeigen. (gm)